



Kita-Politik ohne Konzept – weiterwurschteln reicht nicht

Vier Monate ist das neue Jahr schon alt, ohne dass Elternvertreter:innen in die – hoffentlich laufenden(?) – Überlegungen für eine Neufassung des Ansbacher Kita-Konzeptes eingebunden worden sind. Stattdessen droht nun ab Herbst schon wieder eine Erhöhung der Elternbeiträge für die städtischen Kindertagesstätten.

Der Verein „EfA – Eltern für Ansbach e.V.“ kann nur erneut auf die immer noch sehr angespannte finanzielle Lage vieler Eltern verweisen. So ist die Erhöhung, die sich am Tarifabschluss im öffentlichen Dienst orientiert zwar satzungsgemäß, aber „für die Eltern ist nicht ersichtlich, warum die Lohnsteigerung zweimal eingepreist wird – einmal über den Basiswert der Landesförderung nach BayKiBiG und einmal über die Elternbeiträge“, meint Denise Kießling, Vorsitzende des Vereins.

„Mit diesem Beschluss von 2021, der die Kopplung an die Tarifsteigerungen vorsieht, hat Ansbach mit Blick auf den restlichen Freistaat eine sehr exotische Regelung gefunden. Sie erweist vor allem auch Erzieher:innen, die selbst Kinderbetreuung in Anspruch nehmen müssen, einen Bärendienst.“ Erneut sollen also die Mehrkosten – die nicht allein der tariflichen Seite geschuldet sind – von den Eltern getragen werden.

Die Stadt hat die letzten Monate nicht genutzt, um mit den städtischen Kitas, anderen Trägern und weiteren Beteiligten vorausschauend zu planen, sondern begnügt sich wieder mit einem „Weiter so“. Damit stopft sie mehr schlecht als recht Löcher, die bald wieder aufbrechen werden: Kosten und Gebühren sollten sich durch eine vorausschauende Jugendhilfeplanung ergeben, die Besonderheiten der jeweiligen Einrichtungen und der Stadt mitdenkt und immer wieder reflektiert. „Ein satzungsmäßiger Automatismus erweckt den Eindruck, die Bedürfnisse von Eltern und Kindern könnten pauschal monetarisiert werden“, mahnt Kießling, „Das löst keine Probleme, sondern schafft jährlich mehr Verzweiflung“.

Wir appellieren an die Stadträt:innen dieses Mal zu handeln und die dringend notwendigen Reformen anzugehen. Suchen Sie das Gespräch mit den Familien, es geht nicht ohne sie!

EfA, 19.4.2024